



## In Offenheit zum Streit bereit

### Vier Prinzipien und Aufforderungen zum Handeln in den Volkshochschulen

„Offenheit ist Prinzip und Merkmal der Volkshochschularbeit. Volkshochschulen sind offen für Menschen aller sozialen Schichten und Einkommensgruppen, aller Milieus und Kulturen, für Menschen mit und ohne Behinderungen. Sie sind offen für Menschen mit unterschiedlichen und gegensätzlichen Auffassungen.“ So steht es in unserer Standortbestimmung, die wir vor 8 Jahren auf einer Mitgliederversammlung des DVV einstimmig beschlossen haben. Wir bekräftigen damit eine der wichtigsten Gründungsideen von Volkshochschule überhaupt, nämlich die vorurteilsfreie Offenheit für alle Menschen.

Gleichzeitig gibt es gute Gründe für die Volkshochschulen, dieses Grundverständnis von Offenheit selbstkritisch zu befragen und dann auch neu justiert offensiv nach innen wie nach außen zu vertreten. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Diskriminierung nehmen zu. Volkshochschulen sehen sich bei Teilnehmenden und im Einzelfall bei Mitarbeitenden mit der Ablehnung von demokratischen und humanistischen Werten konfrontiert. Dogmatisch verschlossene Weltbilder und Wissenschaftsfeindlichkeit drohen in die Volkshochschulen hinein zu wirken, je mehr diese sich als reine Dienstleister für eng umrissene Lernfunktionen und Qualifizierungen verstehen und so auch wahrgenommen werden. Hiergegen möchte ich vier Prinzipien und Aufforderungen zum Handeln in den Volkshochschulen zur Diskussion stellen,

1. **Ganzheitlichkeit im Bildungsanspruch und positive Politisierung:** Volkshochschulen sind Bildungseinrichtungen mit einem umfassenden Anspruch der Persönlichkeitsbildung. Sie nehmen

den Menschen ganzheitlich wahr und setzen sich mit ihren Teilnehmenden politisch auseinander.

2. **Klarheit im Leitbild und öffentliches Bekenntnis zu Werten:** Die Volkshochschulen stehen als Institution für ein positives Bekenntnis zur den humanistischen Werten unserer Verfassung und zur Demokratie. Ihre Leitungskräfte treten hierfür selbstbewusst und wahrnehmbar in der Öffentlichkeit ein.
3. **Offensive Ansprache von Missständen und Bereitschaft zum Streit und zum konsequenten Handeln:** In den Volkshochschulen wird bei Diskriminierung, bei Populismus und Extremismus nicht weggeschaut, sondern das Gespräch bis hin zum Streit gesucht. Das schließt das konsequente Ziehen von Grenzen bis hin zum Ausschluss mit ein, gegenüber Mitarbeitenden und auch gegenüber Teilnehmenden
4. **Anstand im Diskurs und Kritikfähigkeit im Prozess:** Die Volkshochschulen nehmen sich in die Pflicht, jeden noch so kleinen Anknüpfungspunkt für eine rationale und offene Auseinandersetzung mit Beharrlichkeit aufzunehmen und zu verfolgen, solange die Kritikfähigkeit gegenüber eigenen Positionen im Prozess wächst.

Kontroversen und Spannungen in diesem Prozess dürfen Volkshochschulen nicht scheuen, ist es doch die fehlende Auseinandersetzung mit anderen Meinungen und Positionen, die unseren sozialen Zusammenhalt gefährdet, nicht die konstruktiv geführte Debatte.

Rüdiger Rammann

# Wer sich dem Dialog verweigert, verweigert sich der Demokratie

## Warum wir die Freiheit der Lehre unbedingt verteidigen müssen

Von Dr. Ulrich Bausch

**A**ntisemitismus! Kaum ein Vorwurf könnte im Geschäft der Erwachsenenbildung schwerer wiegen. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu forderte vor kurzem, dem Jüdischen Museum in Berlin die öffentlichen Zuschüsse zu streichen. Das Museum fördere antisraelische Aktivitäten. Bei Volkshochschulen, in der konfessionellen Erwachsenenbildung, an Universitäten und weiteren Bildungseinrichtungen werden in letzter Zeit Veranstaltungen abgesagt, denen vorgeworfen wird, israel-kritisch oder gar antisemitisch zu sein. In München konnte der Film „Heimat am Rande“, der unter anderem vom Land NRW und von „Brot für die Welt“ finanziert wurde, nicht gezeigt werden. Der Film thematisiert das Leben in palästinensischen Dörfern, die vom Israelischen Staat nicht anerkannt werden. An der vhs Fürstenfeldbruck wurde ein Vortrag abgesagt, Titel: „Vom Ammersee nach Palästina“. In Karlsruhe wurde der Journalist und Dozent Andreas Zumach vom Evangelischen Dekan ausgeladen. In Stuttgart und an der vhs Reutlingen gab es massive Proteste gegen die Ausstellung „Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser“, an der Göttinger Universität konnte diese Ausstellung nicht gezeigt werden. Im Juli 2018 wurde am Jüdischen Museum in Berlin ein

*„Die Bereitschaft, sich in den anderen hineinzusetzen, einen Konflikt durch die Brille der anderen Seite zu betrachten, ist eine Grundvoraussetzung für Verstehensprozesse.“*

Vortrag des palästinensischen Friedensforscher Sa'ed Atshan abgesagt.

### Nahost-Konflikt: eine vergiftete Debatte

Bei allen geschilderten Vorgängen wurde der Vorwurf erhoben, sie hätten etwas mit der BDS-Bewegung zu tun. Die Boykott-, Deinvestitions- und Sanktionsbewegung wurde 2005 von rund 170 palästinensischen Organisationen gegründet. Ein Jahr zuvor hatte der Internationale Gerichtshof (IGH) erklärt, Israels Trennungsbarrieren seien illegal. Israel müsse diese unverzüglich abbauen und Reparationen an Geschädigte zahlen. Jeder Staat, so der IGH, sei verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Israel sich an das humanitäre Völkerrecht hält. Tatsächlich hatte das Gutachten des IGH keinerlei Folgen: Es entstanden weitere israelische Siedlungen auf dem Gebiet, welches durch den Teilungsplan der UNO eigentlich für die Palästinenser vorgesehen war. Der Boykott-Aufruf der Palästinenser war darauf eine Reaktion. Die Palästinenser berufen sich auf Gandhis Boykott gegen die Engländer, auf Martin Luther King und auf Nelson Mandela. Die zentralen Forderungen lauteten: Ende der Besatzung, Rechtsgleichheit für die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger Israels und Umsetzung der UNO-Resolution 194, also Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge.

Gerade die Rückkehrforderung löst in der israelischen Regierung massive Kritik aus. Denn wenn alle sieben Millionen palästinensischen Flüchtlinge zurückkämen, wäre Israel in seiner Existenz gefährdet. Daher sei die BDS-Bewegung im Kern antisemitisch. Die Palästinenser dagegen argumentieren, von diesem – von der UNO beschlossenen – Recht, würde dann ja nur ein Bruchteil der Betroffenen Gebrauch machen – ähnlich dem bestehenden Einwanderungsrecht für alle Juden dieser Welt, welches ja auch nur von wenigen in Anspruch genommen werde.

Die BDS-Bewegung und Netanjahus Feldzug gegen sie hat die israelisch-palästinensische Debatte



Die von der israelischen Regierung kritisierte Ausstellung „Welcome to Jerusalem“ im Jüdischen Museum Berlin (zu sehen bis 30. April 2019)

wesentlich verschärft. Große Firmen ziehen sich aus den besetzten Gebieten zurück; an vielen amerikanischen Universitäten wird darüber gestritten, ob die BDS-Bewegung antisemitisch ist oder Verbote der Bewegung das Recht auf Meinungsfreiheit verletzen. Dabei ist die Liste der Boykott-Unterstützer durchaus eindrucksvoll: Teile der Evangelisch-Lutherischen Kirche der USA gehörten dazu, ebenso Roger Waters von Pink Floyd oder Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu. Zahlreiche Kommunen in Spanien, darunter Sevilla und Cordoba oder der Stadtrat von Dublin und das irische Parlament haben sich der Boykott-Bewegung angeschlossen. Darüber hinaus auch über 40 Organisationen der jüdischen Friedensbewegung, zum Beispiel die weltweit anerkannte „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden“ mit Sitz in Berlin. Warum? Weil sich die Palästinenser, nach Jahren der Gewalt, der Aufstände und des Terrors, im Rahmen der Boykottbewegung auf Gewaltfreiheit verpflichtet haben.

Vieles an der Boykott-Bewegung ist fraglos kritikwürdig. Die Debatte um den Nahost-Konflikt ist regelrecht vergiftet, zumal die Boykottaufrufe in Deutschland Erinnerungen an „Kauft nicht bei Juden“-Parolen der Nazis hervorrufen. Zudem nutzen ausgewiesene Antisemiten, wie der AfD-Politiker Wolfgang Gedeon, Boykottaufrufe für ihre Zwecke.

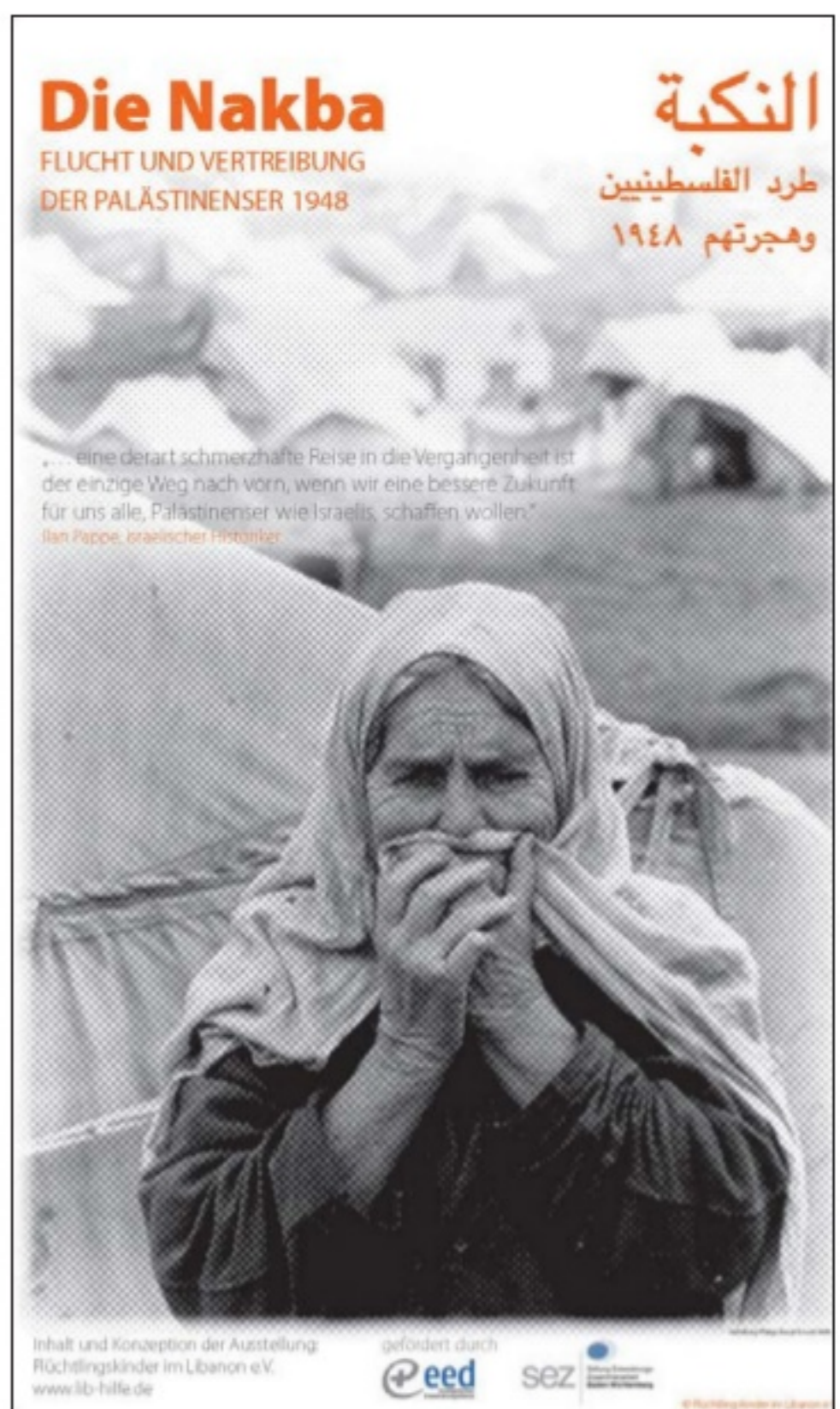
Der Stadtrat von München beschloss 2017, keine Veranstaltungen zu unterstützen – weder durch Zuschüsse oder durch Raumvergaben – „welche die Ziele von BDS verfolgen“. Daher konnte der Film „Heimat am Rande“, der in Israel selbst problemlos gezeigt wird, nicht aufgeführt werden, obwohl er mit der BDS-Bewegung absolut nichts zu tun hat. In Frankfurt, Berlin und in vielen weiteren Kommunen gibt es ähnliche Beschlüsse.

Es ist für die Arbeit in der Erwachsenenbildung von elementarer Bedeutung, diesen Verbotsforderungen entgegenzutreten. Warum?

### Bildungsarbeit braucht Haltung

Die Lehrfreiheit durch Art. 5 Abs. 3 unserer Verfassung gilt nach herrschender Auffassung auch für Einrichtungen der Erwachsenenbildung und keineswegs nur für die universitäre Lehre. Die Entscheidung, ob eine Veranstaltung stattfindet oder nicht, kann nur bei den Leitungen einer Volkshochschule oder einer Tagungsstätte liegen. Wo denn sonst? Bei externen Zensurgremien?

Aus der Ausstellung „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ des Vereins „Flüchtlingskinder im Libanon e.V.“



*„Die gesellschaftliche Kontroverse um den Israel-Palästina-Konflikt muss sich auch in einer Bildungsarbeit abbilden, die diese Kontroverse in einem offenen, repressionsfreien Dialog zulässt.“*

Bildungsarbeit braucht Haltung. Pädagogen sind – ähnlich wie Journalisten – existenziell auf Unabhängigkeit und Liberalität angewiesen. In einem autoritären System kann man vielleicht eine gute Ärztin sein, ein guter Maurer oder Schreiner, aber kein Journalist oder Lehrerin für Allgemeinbildung. Wer die Idee der Freiheit zu Ende denkt, landet zwingend beim Katalog der unveräußerlichen Menschenrechte.

Die Bereitschaft, sich in den anderen hineinzuversetzen, einen Konflikt durch die Brille der anderen Seite zu betrachten, ist eine Grundvoraussetzung für Verstehensprozesse. Neurobiologen und Kognitionspsychologen haben diesbezüglich in den letzten Jahren geradezu Bahnbrechendes geleistet. Das, was wir für Wirklichkeit halten, ist ein internes Konstrukt auf der Basis von sehr unspezifischen Impulsen. Unser Erfahrungswissen konstruiert Bilder, die wir dann als Wirklichkeit wahrnehmen. Spannend ist daher die Frage, woher wir eigentlich wissen, ob das was wir wahrnehmen, wirklichkeitskompatibel, realitätsgerecht und brauchbar ist.

Einmal durch Erfahrungswissen („Das war doch schon immer so“) aber auch durch Kommunikation. „Du bist doch auch der Meinung, dass...“. Wir reden nicht nur miteinander, um Informationen auszutauschen, vor allem versuchen wir, unsere eigenen Wirklichkeitsentwürfe zu validieren. Wir sind ständig damit beschäftigt, unsere eigene Wahrnehmung durch den Vergleich mit der Wahrnehmung anderer zu überprüfen. Dabei können durch Umfeldbestätigung sehr stabile Wirklichkeitsentwürfe entstehen, die aber alles andere als realitätsgerecht sein können. Kommunikative Verfestigungen von Wirklichkeitsentwürfen können in homogenen sozialen Milieus gründen, in einseitiger medialer Berichterstattung oder auch in totalitären Staatsformen, die abweichende Meinungen verbieten und unterdrücken.

### Bildungsarbeit muss differenzierte Betrachtungen ermöglichen

Unter diesen Aspekten sind Meinungsfreiheit, Pluralität und Pressefreiheit zwingende Systemvoraussetzungen für funktionstüchtige Demokratien. Wirklichkeitsentwürfe müssen sich an Gegenentwürfen beweisen, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, realitätsgerecht zu sein. Respekt vor Andersdenkenden ist eine Erkenntnisnotwendigkeit.

Die gesellschaftliche Kontroverse um den Israel-Palästina-Konflikt muss sich auch in einer Bildungsarbeit abbilden, die diese Kontroverse in einem offenen, repressionsfreien Dialog zulässt. Daher ist die Freiheit der Lehre unter allen Umständen zu verteidigen. Unsere Bildungsarbeit muss wertgebunden sein, die Orientierung an den unveräußerlichen Men-

schenrechten, darf nicht zur Disposition stehen. Es ist die Aufgabe von Volkshochschulen und Tagungshäusern, den Perspektivenwechsel zu ermöglichen, weil nur so demokratische Meinungsbildung möglich ist. Die Sozialen Medien fördern das Denken in einfachen Antworten, sie schaffen Distanz statt Nähe und verstärken gefährliche Pauschalurteile. Gerade deswegen haben wir in der Bildungsarbeit die Aufgabe, differenzierte Betrachtungen zu ermöglichen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Vorurteile und Stigmatisierungen die öffentlichen Diskurse beherrschen.

### Demokratie braucht Dialog

Die Verbotswelle mit Blick auf die BDS-Bewegung erscheint auf den ersten Blick verständlich. Wenn wir uns jedoch klar machen, dass die wohl prominentesten Vertreter der jüdischen Friedensbewegung in den USA – der ehemalige US-Präsidentenskandidat Bernie Sanders und die Frontfrau der US-Demokraten, Dianne Feinstein – in vielen deutschen Städten Auftrittsverbot hätten, weil beide leidenschaftlich gegen ein Verbot der BDS-Bewegung kämpfen, wird deutlich, wie gefährlich und zutiefst undemokratisch diese Verbote sind.

Als in der vhs Reutlingen im Januar 2019 die Ausstellung „Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser“ eröffnet wurde, demonstrierten Kritiker vor dem Gebäude und verteilten Flugblätter gegen die Ausstellung. Als ich nach dem Eröffnungsvortrag zur Diskussion einlud, war das Publikum auf die Argumente der Kritiker gespannt. Diese jedoch standen auf und verließen den Raum. Sie verweigerten sich dem Dialog. Demokratie geht anders. |



Dr. Ulrich Bausch ist Geschäftsführer der Volkshochschule Reutlingen.

Anzeige



**INTERCONTACT** seit 1972  
Ihr Spezialist für Studien- & Begegnungsreisen

Profitieren Sie als **Reise-Organisator/in** von unseren **IC-Informationsreisen** für eine intensive Vorbereitung Ihrer nächsten **VHS-Studienreise**. Den aktuellen **IC-Mitreisen** können Sie sich auch als **Privatperson** oder **Kleingruppe** anschließen.

<b>IC-Informationsreisen 2019:</b>	<b>IC-Mitreisen 2019 (Auswahl):</b>
▶ <b>Uruguay</b> mit Buenos Aires 24.04.-03.05.	▶ <b>Italien:</b> Piemont & Ligurien 01.-09.05.
▶ <b>Ägypten</b> wiederentdeckt 13.-19.05.	▶ <b>Armenien &amp; Georgien</b> 29.06.-13.07.
▶ <b>Norwegen</b> mit Mini-Kreuzfahrt 10.-18.10.	▶ <b>Russland:</b> Goldener Ring 09.-16.09.
▶ <b>China:</b> Yunnan & Sichuan 02.-12.11.	▶ <b>Peru:</b> Panamericana & Anden 13.-27.11.



**INTERCONTACT**  
**Gruppenreisen-Handbuch**  
▶ Jetzt bestellen!

China Yunnan  
Altstadt von Lijiang

Mail: [info@ic-gruppenreisen.de](mailto:info@ic-gruppenreisen.de) | Tel.: 02642 2009-0 | Web: [www.intercontact-reisen.de](http://www.intercontact-reisen.de)